

Berlin, 10. Oktober 2022

Sehr geehrte Frau Giffey,
sehr geehrte Frau Busse,
sehr geehrte Frau Remlinger,
sehr geehrte Staatssekretäre,
sehr geehrte Mitarbeiter*innen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie,
sehr geehrte Mitarbeiter*innen des Schulamtes Mitte,

dieser offene Brief ist längst überfällig. Wir, die Lehrkräfte der Anna-Lindh-Schule haben lange geschwiegen und durchgehalten. Aber nun ist ein Punkt erreicht, an dem dieser Brief unausweichlich ist. Wochen der Mehrbelastung, der Erschöpfung und der Ungewissheit liegen hinter uns und halten an – für das Kollegium, einschließlich der Sonderpädagogik, des Sozialpädagogischen Bereichs, der Verwaltung, der Schulsozialarbeit und vor allem für die Kinder und ihre Eltern.

Wir sind erschöpft.

Erschöpft von der mangelnden Achtsamkeit, erschöpft von der fehlenden Wertschätzung, erschöpft vom Auffangen einer ständigen Krisensituation zum Wohle der Kinder, erschöpft von einer Politik, deren Interesse an der eigenen Profilierung größer scheint als das aufrichtige Interesse am Leben und Lernen hunderter Kinder, deren Eltern und uns.

Von einer Politik, die die Anna-Lindh-Schule allein und größtenteils im Ungewissen über ihre Zukunft lässt.

Jahrelang wurden wir bezüglich der baulich katastrophalen Situation vertröstet. Wir unterrichten im Dreck, im Schimmel, ohne richtig funktionierende Heizung, ohne saubere und funktionierende Sanitäranlagen, ohne Sporthalle. Seit Schuljahresbeginn hat sich die Lage zugespitzt. Die Anna-Lindh-Schule wurde in den Sommerferien wegen einer zu hohen Schimmelbelastung und dadurch gesundheitsgefährdenden Situation vom Gesundheitsamt geschlossen. Wir waren nicht überrascht, denn über Jahre wurde die Schimmelproblematik verschleppt, Verantwortungen wurden abgewälzt. Kurzfristige Sanierungen und Schimmelbeseitigungen brachten keine nennenswerte Verbesserung. Dieser Umgang mit der Schimmelproblematik führte zum jetzigen Desaster.

Trotz allem wollten wir die Hoffnung zunächst nicht aufgeben, denn endlich passierte etwas: ein Ausweichstandort wurde gefunden. Aber mit der Organisation des Schuljahresbeginns wurden wir nahezu vollständig vom Schulamt alleine gelassen. Ihr Vorschlag - wochenlanges Homeschooling – war inakzeptabel und keine Option. Wir erinnern uns noch an die herausfordernde Zeit des Lockdowns. Wie kann man Kindern und ihren Eltern so etwas aufgrund vermeidbarer Zustände zumuten?

Wir unterrichten mittlerweile ohne Material in provisorischen Räumen, aufgeteilt auf zwei Standorte zwischen Sperrmüll und Umzugskartons. Es fehlt an Grundlegendem wie Papier,

Lehr- und Arbeitsmaterialien, Mobiliar, Fachräumen - die Liste ist lang. Unser Unterrichtsmaterial lagert im Schimmeltrakt und wartet auf die Feinsäuberung. Wir befürchten, dass diese nie stattfinden wird. Das organisierte Umzugsunternehmen ist wenig überraschend auch nach sieben Wochen noch nicht vollständig mit den von uns geretteten Materialien am neuen Standort angekommen. Pädagogisch sinnvoller Unterricht, der an den Bedürfnissen der Kinder ansetzt, ist unter diesen Umständen nicht möglich.

„Seien Sie doch flexibel“, so der Rat der Schulaufsicht. Dieser Rat grenzt an Hohn, auch vor dem Hintergrund der Situation in den letzten Jahren, die gekennzeichnet waren von Kompromissbereitschaft und Anpassungsfähigkeit an nicht tragbare Umstände.

Wir sind eine Schule im Brennpunkt.

Die besondere Zusammensetzung der Schüler*innenschaft mündet darin, dass in unseren Regelklassen der Anteil von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf und Teilleistungsstörungen signifikant höher ist als in den Rahmenbedingungen für schulische Inklusion vorgesehen. Wie sollen wir den Kindern vor diesem Hintergrund eine angemessen fördernde und lernfreundliche Atmosphäre schaffen?

Auch viele Eltern wollen ihren Kindern diese katastrophale Situation verständlicherweise nicht mehr zumuten – es wurden schon rund 120 Kinder abgemeldet. Bis vor zwei Wochen waren die etwas „ausgedünnten“ Klassen eine gute Möglichkeit, den Bedürfnissen der Schüler*innen zumindest annähernd zu begegnen. Doch die Schulaufsicht hat die sofortige Fusion von Klassen gefordert. Kinder müssen sich neben der sowieso schon großen Belastung nun auch noch in einem neuen Klassenverband orientieren. Zum Halbjahr soll auch das Personal reduziert werden – mit der Begründung, dass wir nun Überhang hätten.

Der Ausweichstandort Saatwinkler Damm scheint nicht die Lösung zu sein: ein Bürogebäude mit viel zu engen Gängen und fehlenden schulischen Strukturen, ohne Sporthalle, ohne Aula, ohne kindgerechten und sicheren Pausenhof, ohne Toilettenpapier und Seife, mit befristetem Bustransfer? Wir haben Sorge, dass sich die Lösung als Albtraum entpuppt. „Denn mit dem Zurverfügung-Stellen eines Ausweichstandortes und der groben Organisation eines Shuttles ist noch keine Schule komplett umgezogen“, schrieb unsere ehemalige GEV-Vorsitzende Laura Kittelmann treffend in ihrem Abschiedsbrief.

Wie schon so oft endet die Anna-Lindh-Schule als politischer Pingpongball zwischen Senatsverwaltung und Schulamt und muss sich am Ende selbst retten. Doch wie rettet man die einst größte Grundschule Berlins im Alleingang?

Wir fordern:

- eine langfristige und zuverlässige Planung der Zukunft der Anna-Lindh-Schule (Einzugsgebiet, Sicherung der Personalstellen, Schulmodell etc.)

- die Einhaltung der Grund- und Kinderrechte: u.a. angemessene hygienische Zustände, Recht auf gute Bildung, Recht auf körperliche Entfaltung und Unversehrtheit durch Sportunterricht und einen kindgerechten und sicheren Pausenhof
- ein warmes, gesundes und schulinternes Mittagessen für alle Kinder
- lernfreundliche und kindgerechte Unterrichtsräume an beiden Standorten
- Erneuerung fehlender Lehr- und Verbrauchsmaterialien und Schulmobiliar mit sofortiger, unbürokratischer Bestellmöglichkeit in Absprache mit schulischem Personal
- Einrichtung und Ausstattung von Fachräumen, um pädagogisch sinnvollen Fachunterricht und eine entsprechende Benotung leisten zu können
- Säuberung der Lehrmaterialien und Möbel im gesperrten Gebäude, Entschädigung für die nicht zu säubernden Materialien
- eine Schulleitung, die nicht Katastrophenmanagement übernehmen muss, sondern sich um ihre eigentlichen Aufgaben kümmern darf
- zusätzliches Personal zur Unterstützung für die Organisation des Umzuges, Unterstützung an beiden Standorten und des Bustransfers
- langfristige Stundenreduktion für die Pädagog*innen, um Überlastung zu vermeiden und Entschädigung der Mehrarbeit

Wir fordern, dass die Senatsverwaltung der Fürsorgepflicht gegenüber ihren Beschäftigten und Schüler*innen nachkommt, den Kindern ihr Recht auf Bildung ermöglicht und uns nicht länger damit allein lässt.

Das Kollegium der Anna-Lindh-Schule